**Schiedsgerichtsordnung der
Freien Bürgerlichen Union**

FBU

Inhalt

- §1 Schiedsgerichte
- §2 Aufgaben des Schiedsgerichtes
- §3 Wahl von Schiedsrichtern beziehungsweise Beisitzern
- §4 Unabhängigkeit
- §5 Klageberechtigte
- §6 Beteiligte
- §7 Klage
- §8 Anfechtung
- §9 mündliches Verfahren
- §10 Protokoll
- §11 Eilbeschluss
- §12 Beschwerde und Rückverweisung
- §13 Kosten
- §14 Schweigepflicht
- §15 Veröffentlichung

Auf männliche, weibliche, sowie diverse Sprachformen wird zur besseren Leseverständnis verzichtet. Wir bitten um Verständnis.

§1 Schiedsgerichte

- (1) Die Schiedsgerichte der FBU handeln im Sinne des Parteiengesetzes. Sie haben die Aufgabe, den Vorlagen von Parteiengesetz sowie Satzungen und Ordnungen der jeweiligen Gliederung Folge zu leisten.
- (2) Die Schiedsgerichte sind auf 2 Ebenen gegliedert:
 - a) Bundesschiedsgericht
 - b) Landesschiedsgericht
- (3) Die Schiedsgerichtsordnung ist für alle Schiedsgerichte Grundlage und damit zu berücksichtigen.
- (4) Diese Schiedsgerichte dienen als Judikativ-Organ nur für die FBU.

§2 Aufgaben der Schiedsgerichte

- (1) Die Aufgaben sind in die Schiedsgerichte eingegliedert:
 - a) Auf Landesebene
 - Entscheidung über Anfechtung von Wahlen und Beschlüssen der Landesorgane sowie Wahlen von Bewerbern von Wahlen zu Landtagswahlen oder Kommunalwahlen
 - Verhängung von Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder des Landesverbandes
 - Bestätigung von Sofortmaßnahmen sowie dessen Prüfung
 - Ausschluss von Mitgliedern
 - b) Auf Bundesebene
 - Entscheidung über Beschwerden gegen Beschlüsse oder Urteile der Landesschiedsgerichte inklusive Ausschlüsse von Mitgliedern oder verhängten Sofortmaßnahmen
 - Entscheidung über Anfechtung von Wahlen der Bundesorgane sowie Wahlen von Bewerbern zur Bundestagswahl oder Europawahl
 - Entscheidung über Konflikte zwischen Bundespartei und Landesverbänden sowie miteinander streitende Landesverbände

§3 Wahl von Schiedsrichtern

- (1) Ein Schiedsgericht besteht aus mindestens 3 und höchstens 5 Mitgliedern:
 - a) Ein Vorsitzender (auf Bundesebene: Präsident des Bundesschiedsgerichtes)
 - b) Mindestens 2 und maximal 4 Beisitzer
- (2) Die Bundespartei sowie die Landesverbände dürfen jeweils nur ein Schiedsgericht führen.
- (3) Bewerber für das Amt zum Mitglied des Schiedsgerichtes dürfen in keiner Gliederung Vorstandsmitglieder sein.

- (4) Alle Mitglieder werden in einzelnen Wahlgängen gewählt.
- (5) Bewerber für das Amt zum Mitglied des Schiedsgerichtes müssen Mitglieder der Partei sein, sowie ein sauberes Führungszeugnis besitzen.

§4 Unabhängigkeit

- (1) Alle Mitglieder der Bundesschiedsgerichte sind unabhängig und nur an das Parteiengesetz sowie Satzungen und Ordnungen der Partei gebunden.
- (2) Wird versucht ein Verfahren zu beeinflussen, so ist dies unverzüglich dem jeweiligen Vorstand zu melden.

§5 Klageberechtigte

- (1) Alle Mitglieder der Partei haben Klagerecht, wenn sie sich ungerecht beziehungsweise benachteiligt behandelt fühlen oder meinen, dass gegen Gesetze und Ordnungen verstoßen worden ist. Allerdings müssen sie selbst davon betroffen sein.
- (2) Außerdem ist klageberechtigt:
 - a) Der Bundesvorstand sowie die Landesvorstände
 - b) Mitglieder die Ordnungsmaßnahmen vom Landesschiedsgericht verhängt bekommen haben und beim Bundesschiedsgericht Klage einreichen wollen.

§6 Beteiligte

- (1) Beteiligte in Verfahren von Schiedsgerichten sind:
 - a) Der Kläger
 - b) Der Angeklagte
 - c) Eingeladene zum Verfahren
- (2) Recht auf Anteilnahme kann haben:
 - a) Der Bundesvorstand
 - b) Der Landesvorstand der Betroffenen
 - c) Angehörige der Betroffenen, sofern sie einverstanden sind

§7 Klage

- (1) Eine Klage ist schriftlich beim zugehörigen Schiedsgericht einzureichen.
- (2) Die Mitglieder des Schiedsgerichtes prüfen die Klage und entscheiden binnen 2 Wochen über die Ablehnung oder die weitere Befassung der Klage.
- (3) Bei weiterer Befassung ist der Angeklagte umgehend zu informieren.

- (4) Folgendes ist in der Klage zu dokumentieren:
- a) Name des Klägers
 - b) Name des Angeklagten
 - c) Grund der Klage mit Beweismaterial, wenn es vorliegt
 - d) Adresse des Klägers

§8 Anfechtung

- (1) Wahlen und Beschlüsse können bis 3 Wochen nach Geschehen beim zuständigen Schiedsgericht angefochten werden.
- (2) Es können nur Mitglieder Wahlen und Beschlüsse anfechten, wenn sie selbst davon betroffen sind.
- (3) Es gibt nur eine Neuwahl, wenn es das Wahlergebnis beeinflussen würde.

§9 Mündliche Verhandlung

- (1) Folgendes ist in der Einladung zum Verfahren zu dokumentieren:
 - a) Ort, Datum und Uhrzeit der Verhandlung
 - b) Mitteilung über das Ablehnungsrecht sowie, dass das Urteil auch bei Abwesenheit von Kläger oder Angeklagtem gültig ausgesprochen wird
 - c) Grund des Verfahrens
 - d) Klägername sowie Name des Angeklagten
- (2) Die Verhandlung beginnt mit der Feststellung der Beteiligten.
- (3) Kläger und Angeklagter haben gleiches Rederecht.
- (4) Alle Teilnehmer der Verhandlung haben den Anweisungen des Vorsitzenden des Schiedsgerichtes Folge zu leisten.
- (5) Alle Beweismaterialien sind mit einzubinden.
- (6) Nach der mündlichen Aussprache beraten sich alle Mitglieder des Schiedsgerichtes (Vorsitzender und Beisitzer) und entscheiden mit Gebundenheit an Gesetze; Satzungen und Ordnungen über das Urteil
- (7) Am Ende der Verhandlung wird dann das Urteil verkündet.
- (8) Dem Urteil des Schiedsgerichtes ist nachzugehen. Das Urteil entfällt vorerst, für SGO §12 Abs. 1.

§10 Protokoll

- (1) Über die gesamte Verhandlung ist ein Protokoll mit dem wichtigsten Inhalt anzufertigen.

- (2) Das Protokoll ist von allen Mitgliedern des Schiedsgerichtes inklusive des Protokollführers zu unterzeichnen.
- (3) Das Protokoll ist anschließend an alle Beteiligte des Verfahrens zur Verfügung zu stellen.

§11 Eilbeschluss

- (1) Liegt ein Fall vor, der schwere Schäden in der Partei hinterlässt, verhängt der Vorstand der Landes- oder Bundesgliederung begründet eine Sofortmaßnahme nach §5 der Bundessatzung, die durch das zuständige Schiedsgericht zu bestätigen und anschließend zu prüfen und begründen ist.
- (2) Dieser ist unmittelbar danach über das Urteil mit Begründung zu informieren.
- (3) Nach Aussprache des kurzfristigen Urteils ohne mündliches Verfahren hat das Schiedsgericht Zeit, genauer die Lage des Falls zu untersuchen und kann dann erneut über die Ordnungsmaßnahmen entscheiden, wenn es zutrifft, dass der Fall nicht so schwerwiegend ist, wie vorerst angenommen.

§12 Beschwerde und Rückverweisung

- (1) Sofern von einem vom Landesschiedsgericht ausgesprochenem Urteil, hat der betroffene das Recht binnen 14 Tagen (bei Ausschluss oder Verhängung von Sofortmaßnahmen binnen vier Wochen) nach Urteil beim Bundesschiedsgericht Beschwerde einzureichen.
- (2) In der Beschwerde ist folgendes anzugeben:
 - a) Name des Klägers und des Angeklagten
 - b) Landesverband
 - c) Urteil des Schiedsgerichtes mit seiner Begründung
 - d) Begründung zur Rücknahme des Urteils
- (3) Das Bundesschiedsgericht berät binnen einer Woche über die Sache und kann folgendes entscheiden:
 - a) Zurücknahme des Urteils
 - b) Zurücknahme des Urteils und Verhängung eines mildereren Urteils
 - c) Rückverweisung der Beschwerde (Urteil des Landesschiedsgerichtes bleibt bestehen)

§13 Kosten

- (1) Das Verfahren vor dem Schiedsgericht ist kostenfrei.

- (2) Dem Angeklagten werden Bußgelder erstattet, wenn er erfolgreich gegen sein Urteil beim Bundesschiedsgericht vorgegangen ist.

§14 Schweigepflicht

- (1) Alle Teilnehmer des Verfahrens haben Schweigepflicht.
- (2) Ausgenommen dabei ist der Angeklagte. Dies gilt allerdings nur dann, wenn er beim Bundesschiedsgericht eine Beschwerde über sein Urteil einreicht.

§15 Veröffentlichung

- (1) Wenn es ein nicht parteiinternes Verfahren ist oder außerparteiisch Einfluss hat, kann das Schiedsgericht anordnen, dass das rechtmäßige Urteil veröffentlicht werden darf.